

ROBERT ŻUREK

„WIR GEWÄHREN VERGEBUNG UND BITTEN UM VERGEBUNG“: DIE ROLLE DER KATHOLISCHEN UND EVANGELISCHEN KIRCHE IM PROZESS DER DEUTSCH-POLNISCHEN AUSSÖHNUNG

Einleitung

Der Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung, obgleich er immer noch nicht abgeschlossen und nach wie vor reich an Spannungen und Enttäuschungen ist, ist ein großer Erfolg von Polen und Deutschen, die trotz der sie trennenden, schier unvorstellbaren Feindschaft in der Lage waren, einen Weg zu finden hin zu Zusammenarbeit und Partnerschaft. Auf diesen Erfolg haben jahrzehntelang viele Menschen aus unterschiedlichsten Milieus hingearbeitet; und eine besondere Rolle spielten dabei die Religionsgemeinschaften – die evangelische und die römisch-katholische Kirche¹.

¹ Unter Kirche versteht der Autor im vorliegenden Beitrag die Hierarchie, die Geistlichkeit und diejenigen Laien, die im kirchlichen Raum oder in kirchennahen Kreisen aktiv gewesen sind (z. B. Journalisten von Periodika, die sich bewusst als

Ihr Beitrag zur Annäherung der beiden Völker ist umso bemerkenswerter, als er unter den sehr schwierigen Bedingungen des geteilten Nachkriegseuropas erbracht wurde. Zudem waren in der Volksrepublik Polen und in der DDR die Handlungsmöglichkeiten der Kirchen erheblich eingeschränkt – nicht nur durch die antidemokratische, sondern auch durch die kirchenfeindliche Politik der regierenden Kommunisten. Vor eine besondere Herausforderung sahen sich dabei die Kirchen in Polen gestellt, einem Land, in dem die kommunistischen Machthaber die Angst der Bevölkerung vor deutschem „Revanchismus“ schürten, so dass der Aufbau guter Beziehungen zu Kirchenkreisen in der Bundesrepublik Deutschland die polnischen Kirchenmilieus dem Vorwurf des Landesverrats und den damit zusammenhängenden Repressionen aussetzte.

Schaut man eingedenk dessen zurück auf die Rolle der beiden Kirchen im Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung, ist es sinnvoll, zunächst einen chronologischen Überblick zu geben. Erst vor diesem Hintergrund sieht man sich in die Lage versetzt, sich ein vollständigeres Bild der Entwicklung machen zu können – und damit Schlussfolgerungen zu ziehen, die dieser Teil der Geschichte der deutsch-polnischen Annäherung uns nahelegt.

CHRONOLOGISCHER ÜBERBLICK

Feindschaft (1945-1955)

Die ersten Nachkriegsjahre standen für Katholiken und Protestanten in Polen und Deutschland im Zeichen gegenseitiger Vorwürfe und Enttäuschungen, die hauptsächlich aus einer unterschiedlichen Wahrnehmung des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen resultierten.

katholisch, evangelisch bzw. christlich bezeichneten) oder als Hauptantriebskraft ihrer Tätigkeit die christliche Ethik und den christlichen Glauben angeben.

Um die Narration dabei nicht zu verkomplizieren, bedient sich der Autor im Text des Ausdrucks „polnische und/oder deutsche Kirche“ bzw. „polnische und/oder deutsche Kirchen“. Es gilt aber nicht zu vergessen, dass es sich bei dieser Formulierung um eine gezielte Vereinfachung handelt.

In Polen enthielten Briefe aus dem Bereich der Seelsorge und Dokumente von Kirchenoberen, aber auch Artikel in der katholischen und evangelischen Presse in sehr hoher Zahl Aussagen, die das unermessliche Leid, das die Polen infolge der Maßnahmen der Deutschen erlitten hatten, betonten und Wiedergutmachung dafür verlangten. Polnische Katholiken und Protestanten sprachen sich entschieden dafür aus, die Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als endgültig zu betrachten, und waren der Meinung, die Bereitschaft, diese als solche anzuerkennen, sei der Prüfstein, an dem der gute Wille der deutschen Kirchen zu messen sei. Analog hierzu stellten deutsche Berichte und Dokumente dieser Zeit das Leid der Deutschen in den Mittelpunkt, wobei insbesondere über diejenigen berichtet wurde, die aus den 1945 von Polen übernommenen Gebieten ausgesiedelt wurden. Und auch hier wurde das den Deutschen angetane Unrecht verurteilt und ebenfalls eine Wiedergutmachung, u. a. in Form einer Revision der Grenze, gefordert.

Diametral anders wurde auch die eigene Haltung während des Krieges und unmittelbar danach wahrgenommen. In polnischen Kirchenquellen ist die Überzeugung deutlich erkennbar, deutsche Katholiken und Protestanten hätten sich durch ihre Mittäterschaft – oder zumindest dadurch, dass sie sich den Verbrechen nicht widersetzt hätten – schuldig gemacht. Untersucht man hingegen deutsche Quellen, insbesondere auf katholischer Seite, so ergibt sich ein anderes Bild. Darin werden die dortigen Kirchen dargestellt als heldenhafte Gegner und Opfer des Nationalsozialismus. Nur in vereinzelten Fällen stößt man auf Selbstkritik. Und es erweist sich in diesen Texten die Kritik an Mitgliedern der polnischen Kirchen, vor allem der katholischen, angesichts des „Raubes“ deutscher Gebiete östlich von Oder und Neiße sowie der Aussiedelung der deutschen Einwohner als allgemein verbreitet.

Als ernsthaftes Problem, das die gegenseitigen Beziehungen – jedenfalls auf katholischer Seite – zusätzlich belastete, stellte sich der Status der katholischen Kirchenstrukturen in den 1945 an Polen gefallen Gebieten dar. Nur dem Vatikan stand in diesem Zusammenhang das Recht zu, diese Strukturen aus dem Geltungsbereich

der Jurisdiktion der deutschen Kirche herauszulösen und sie in den Besitzstand der polnischen Kirche einzugliedern. Nicht zuletzt wegen des heftigen Widerstandes des deutschen Episkopats hielt sich der Papst mit dieser Entscheidung jedoch zurück und berief sich dabei auf das Fehlen eines Friedensvertrages, der über die Zukunft dieser Gebiete entscheiden würde. In dieser Situation baute die Führung der polnischen Kirche eine vorläufige Kirchenverwaltung auf, wodurch das Problem aber nicht gelöst wurde; denn eine derartige Struktur erschwerte die seelsorgerische Arbeit unter den durch den Krieg und die Zwangsmigration traumatisierten polnischen Katholiken und lieferte zudem den polnischen Kommunisten einen Vorwand, die Kirche wegen ihrer „antipolnischen“ Politik anzugreifen.

Erste Öffnung (1955-1965)

Die ersten Breschen in die Mauer der Feindschaft wurden allmählich ab Mitte der 1950er Jahre geschlagen, wobei der einsetzende Aussöhnungsprozess durch eine größere Dynamik auf evangelischer Seite geprägt war. Zwischen polnischen und deutschen Protestanten wurden erste Kontakte noch in den 1950er Jahren geknüpft und in deutschen evangelischen Medien erschienen Texte, die Polen positiver darstellten und antipolnische Stereotype und Vorurteile negierten. Unterdessen trug finanzielle Unterstützung aus Deutschland in erheblichem Maße zum Wiederaufbau und zur Einweihung (im Jahr 1958) der während des Krieges zerstörten Warschauer Kirche der Heiligen Dreifaltigkeit bei. Und noch im selben Jahr bestätigte die deutsche Synode die – wie die späteren Jahre zeigen sollten – wegweisende Initiative der Aktion Sühnezeichen, deren Ziel darin bestehen sollte, Maßnahmen zur Versöhnung mit Völkern zu ergreifen, die unter deutsche Besatzung geraten waren, d. h. vor allem mit Polen, der Sowjetunion und Israel.

Auf katholischer Seite hingegen passierte weniger – was aber nicht heißen soll, dass dort Stillstand herrschte. Die stalinistische kirchenfeindliche Offensive in Polen, insbesondere die mutige Haltung der

polnischen Kirche gegenüber den Verfolgungen, bewog einen Teil der deutschen Katholiken dazu, die Art und Weise, wie polnische Katholiken wahrgenommen wurden, zu ändern. So fand sich fortan in der deutschen Kirchenpresse nicht länger nur die Sicht auf die Polen als Chauvinisten, die unschuldige Deutsche vertrieben, sondern auch deren Darstellung als Verteidiger gemeinsamer Werte. Ferner wurden in westdeutschen Kirchen Gebetstreffen veranstaltet für die „schweigende“ Kirche im Osten. Und das internationale, in hohem Maße in Kreisen deutscher Katholiken wirkende Hilfswerk „Kirche in Not“ ging allmählich dazu über, seine Unterstützung, die bis dahin vor allem deutschen Opfern von Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit zugutegekommen war, umzuleiten in Richtung verfolgter Kirchen hinter dem Eisernen Vorhang, somit in erster Linie zugunsten der Kirche in Polen.

Doch die Lage wurde durch all diese Initiativen nicht grundlegend verändert. Zwischen den Mitgliedern der polnischen und der deutschen Kirchen herrschte weiterhin Feindschaft. Eben deshalb unternahm Anfang der 1960er Jahre eine Gruppe von Vertretern der beiden deutschen Kirchen, denen die Idee der Aussöhnung am Herzen lag, den Versuch, ihre Glaubensgenossen dazu zu bewegen, eine konziliantere Haltung einzunehmen.

Im Jahr 1960 rief der damalige katholische Bischof von Berlin, Julius Döpfner, dazu auf, von der Forderung nach einer Revision der Grenze Abstand zu nehmen und nach Wegen der Versöhnung mit Polen zu suchen. Mit ähnlichen Appellen traten ein Jahr später bedeutende evangelische Theologen, Aktivisten und Wissenschaftler auf und unterzeichneten dabei das sog. „Memorandum der Acht“. Die gesellschaftlichen Reaktionen fielen in beiden Fällen meist negativ aus. Und insbesondere Döpfner wurde als Vertreter der Kirchenhierarchie zum Objekt harscher Kritik und sah sich fortan dem Vorwurf des Landesverrats ausgesetzt.

Aber die vorstehend genannten Aufrufe trugen gleichzeitig dazu bei, nach Versöhnung strebende Kreise stärker zu mobilisieren. Zu den aktivsten unter diesen gehörte auf katholischer Seite die deutsche Sektion der internationalen pazifistischen Bewegung Pax Chris-

ti, und auf evangelischer Seite die bereits erwähnte Aktion Sühnezeichen. Beide Milieus organisierten unabhängig voneinander in den Jahren 1964 und 1965 Bußwallfahrten nach Oświęcim/Auschwitz, denen im weiteren Verlauf des Aussöhnungsprozesses eine Schlüsselbedeutung zukam.² Denn die von Trauer und Reue getragene Haltung der Teilnehmer motivierte ihrerseits die polnischen Kirchenmilieus, die sich bis dahin skeptisch gezeigt hatten aufgrund der Haltung der deutschen Seite – die ihre eigenen Verdienste sowie das eigene Leid herausstellt und sich nicht interessiert zeigte hatte an der Sicht der Polen.

Schlüsselinitiativen (das Jahr 1965)

1965 schalteten sich in den Aussöhnungsprozess, bis dahin getragen von wenigen, eher marginalen Kirchenkreisen, in corpore die Oberen der beiden Religionsgemeinschaften ein. So veröffentlichte die Führung der evangelischen Kirche in Deutschland im Oktober ein umfangreiches Dokument, genannt die „Ostdenkschrift“, in dem sie Argumente vorbrachte, die für die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße sprachen. Das Dokument löste entschiedene Proteste seitens national-konservativer Protestanten aus, in Zuge dessen manche sich sogar dazu entschlossen, aus der Kirche auszutreten. Zugleich beflügelte es aber die Befürworter der Aussöhnung und regte viele bislang gleichgültig oder skeptisch eingestellte Menschen zum Nachdenken an.

Wenig später, im November desselben Jahres, wurde diese Initiative seitens der polnischen katholischen Bischöfe aufgenommen. Dies war ein Novum, denn bis dahin hatten sich Vertreter der polnischen Kirchen in den Kontakten zu Deutschland eher reaktiv verhalten. Doch nun wandten sich die katholischen Hierarchen angesichts der bevorstehenden Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens mit

² Es sei darauf hingewiesen, dass die Wallfahrt der Aktion Sühnezeichen, das Werk einer ostdeutschen Organisation, die erste und eine der wenigen ökumenischen Initiativen zur deutsch-polnischen Aussöhnung war.

einer besonderen Botschaft an ihre deutschen Amtsbrüder, obgleich diese de facto auch an die deutsche und polnische Bevölkerung gerichtet war. Inhaltlich ging es dabei in der Hauptsache um die Geschichte, die sie in Opposition zur kommunistischen Propaganda schilderten. So widersprachen die Bischöfe der Darstellung, wonach Polen und Deutsche durch eine tausendjährige Feindschaft getrennt seien und die Deutschen für die Polen immer eine tödliche Gefahr gebildet hätten. Sie betonten den positiven Beitrag des westlichen Nachbarn für die Entwicklung Polens und die langen Jahrhunderte einer friedlichen Nachbarschaft. Anders als die Kommunisten, die die Deutschen in Gute („die brüderliche“ DDR) und Böse („die revan-chistische“ BRD) unterschieden, betrachteten die Bischöfe die westlichen Nachbarn als ein Volk. Und anders als die Kommunisten, die stets an die deutschen Verbrechen erinnerten und die Unschuld der Polen unterstrichen, riefen sie beide Seiten dazu auf, ihr Gewissen zu erforschen. Folglich schlossen sie den Brief mit den Worten: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Sich den verdrehten Inhalten der kommunistischen Propaganda zu widersetzen, bedeutete zu jener Zeit, den Machthabern der Volksrepublik Polen den Handschuh hinzuwerfen und ihnen somit öffentlich entgegenzutreten. Doch die Unterzeichner des Briefes taten dies in vollem Bewusstsein – in der Erkenntnis, eine Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen werde nicht zu erreichen sein ohne eine Bereinigung des kollektiven Gedächtnisses von der Falschheit, mit der die Feindschaft aufrechterhalten wurde und die eine Wiederherstellung des Vertrauens unmöglich machte.

Die Kommunisten mussten darauf reagieren, zumal sie rasch erkannten, dass die Aussöhnung mit den Deutschen für die polnischen Bischöfe Teil einer breiter gefassten Strategie war – mit dem Ziel, Polen „über Deutschland nach Europa und in die zivilisierte Welt“ (wie es Bolesław Kominek, der Hauptverfasser des Briefes, ausdrückte) zurückzuführen. Eben deshalb warf Władysław Gomułka, Chef der kommunistischen Partei, dem Episkopat vor, dieser „baue eine Mauer zwischen Polen und der Sowjetunion auf“. Und die Organe der Propaganda leiteten eine massive Kampagne ein, die darauf

ausgerichtet war, die Kirche in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren – als einer Kraft, die sich mit dem Feind verbrüdert und das Volksinteresse verrät.

Die Absichten der Kommunisten aber waren diesbezüglich keineswegs zum Scheitern verurteilt. Die Mehrheit der Bevölkerung erinnerte sich an den Krieg und die Besatzung und sah sich zudem seit Jahren den Einflüssen der antideutschen Propaganda ausgesetzt. Folgerichtig wandte sie sich gegen die revolutionäre Botschaft des Bischofsbriefes. Doch eine intensive Gegenaktion der Bischöfe, die z. T. eine Relativierung der an die Deutschen gerichteten Bitte um Vergebung beinhaltete, half den Hierarchen, gesellschaftliches Vertrauen zurückzugewinnen.

Diese Relativierung, die eine Abschwächung des christlichen Radikalismus des Bischofsbriefes bedeutete, war nicht nur auf die kirchenfeindliche Hetze der Machthaber zurückzuführen, sondern zugleich auch auf die kühle Reaktion der deutschen Bischöfe. Denn in deren Antwort fehlte nicht nur der Aufruf, die Grenze an Oder und Neiße anzuerkennen, sondern auch eine weiterführende Geste, die über reine Höflichkeit hinausgegangen wäre. Dies war die Folge der Strategie des deutschen Episkopats, der sich dazu entschlossen hatte, einen Weg kleiner, geduldiger Schritte zu beschreiten, um so langsam ein Klima des Vertrauens und der Verständigung zu schaffen. Allerdings war dies eine Vorgehensweise, die sich diametral davon unterschied, wozu sich die polnischen Bischöfe entschieden hatten. Ihre Schwäche bestand in der Überzeugung der Akteure, ein Raum für Aussöhnung lasse sich erreichen, ohne sich mit den Problemen, die in diesem Kontext das größte Hindernis darstellten, auseinanderzusetzen.

Zwischen Stillstand und Fortschritt (1966-1972)

Langfristig lässt sich die Bedeutung der Ostdenkschrift und des Bischofsbriefes für den weiteren Verlauf des Aussöhnungsprozesses kaum überschätzen. Insbesondere Letzterer erwies

sich als „wahrscheinlich das wichtigste Nachkriegsdokument in den deutsch-polnischen Beziehungen“. Kurzfristig aber bewirkten die beiden revolutionären Schriftstücke keinen Durchbruch. Die Leitung der evangelischen Kirche in Deutschland, erschüttert vom Ausmaß der durch die Denkschrift verursachten Spannungen, begann fortan, umstrittene Fragen in den deutsch-polnischen Beziehungen nur mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Und die polnischen Bischöfe, enttäuscht von der Reaktion der Adressaten und beunruhigt durch die Gegenaktion der Kommunisten, starteten ihrerseits ebenfalls keine weiteren bedeutenden Initiativen. Beide Dokumente freilich sorgten für enorme Bewegung – nicht nur in der Kirchengemeinschaft, sondern in der gesamten Bevölkerung. Dies trug zur Intensivierung des Aussöhnungsprozesses bei und ließ die Zahl der Polen und Deutschen, die diesen unterstützten, deutlich ansteigen.

Im Jahre 1968 unterzeichneten 160 katholische Intellektuelle aus Westdeutschland, von der Haltung ihrer Bischöfe enttäuscht, das sog. „Bensberger Memorandum“, in dem der Aufruf zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze enthalten war. Ähnlich wie die früheren einschlägigen Appelle löste auch dieser sehr lebhaft, zumeist negative Reaktionen unter deutschen Katholiken aus. In Polen dagegen wurde dieses Memorandum sehr positiv aufgenommen, sah man darin doch nun eine adäquate Reaktion auf den Bischofsbrief. Die Zahl und der Rang der Unterzeichner bewirkten, dass sich die polnischen katholischen Kreise – insbesondere das einflussreiche „Znak“-Umfeld, das u. a. aus den Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK) und Personen rund um die Redaktion der Monatszeitschriften „Znak“ und „Więź“ sowie der Wochenzeitschrift „Tygodnik Powszechny“ bestand – mit größerer Hoffnung und Entschlossenheit als bisher im Aussöhnungsprozess zu engagieren begannen.

Und auch in der Bundesrepublik Deutschland spielte das Bensberger Memorandum eine wesentliche Rolle, wobei es den Prozess der Umorientierung einer immer größeren Anzahl von Bürgern vertiefte; denn als Willy Brandt kurz darauf im Jahr 1970 den Warschauer Vertrag mit der Regierung der Volksrepublik Polen unter-

zeichnete, in dem die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, stieß seine Entscheidung auf die Zustimmung der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung.

Ein breiter Strom (1972-1989)

Nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages (1970) und dessen Ratifizierung durch das Parlament der Bundesrepublik Deutschland (1972) intensivierten die deutschen Kirchen ihre auf Versöhnung ausgerichteten Aktivitäten; als der wichtigste Streitgegenstand entfiel, wurde es sichtlich einfacher, sich für den Prozess, der nicht mehr solch heftige Kontroversen auslöste wie bisher, stark zu machen.

Die beiden deutschen Kirchen verstärkten die materielle Hilfe für ihre Glaubensbrüder in Polen. Dadurch wurde die Entwicklung der Kircheninfrastruktur beschleunigt und die Ausbildung polnischer Theologen erleichtert. Zu einer gleichsam lawinenhaften Intensivierung der Unterstützung kam es schließlich in den Jahren des Kriegsrechts, als die polnische Bevölkerung mit den Folgen einer tiefen Wirtschaftskrise zu kämpfen hatte. Das Ausmaß der Solidarität der westlichen Nachbarn überraschte und bewegte die Polen gleichermaßen; eben zu dieser Zeit setzte in der polnischen Bevölkerung ein definitiver Wandel in der Wahrnehmung der Deutschen ein. Auf Seiten der Nachbarn wiederum trugen unterdessen die Wahl eines Polen zum Papst im Jahr 1978, vor allem die Entstehung der „Solidarność“ sowie die Verhängung des Kriegsrechts zu einem Wandel der deutschen Wahrnehmung Polens bei. Und zugleich begannen die Deutschen stärker die kulturelle und geschichtliche Nähe sowie die politische Interessengemeinschaft (mit einem Sieg über den Kommunismus als Voraussetzung für die Wiedererlangung der Freiheit Polens und die Wiedervereinigung Deutschlands) zu erkennen, als dies bisher der Fall gewesen war.

Manche Kirchenkreise hatten indes bereits früher einen Dialog über die schwierige Geschichte geführt und nach Wegen gesucht, diese zu überwinden. Auch hier kam es nun im Rahmen der neu-

en Entwicklung zu einer Intensivierung der in diesem Bereich unternommenen Aktivitäten. Zu den konsequentesten und tiefgreifendsten Initiativen gehörten in diesem Zusammenhang die Auschwitz-Seminare, die seit 1972 vom „Znak“- und „Pax Christi“-Umfeld veranstaltet wurden und die zu einer wesentlichen Annäherung der Positionen ihrer Teilnehmer hinsichtlich der Einschätzung historischer – Kontroversen auslösender – Ereignisse (etwa hinsichtlich der Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit) führten.

Darüber hinaus wurden auch praktische Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielten, während des Zweiten Weltkrieges entstandene Schäden wenigstens teilweise wiedergutzumachen. In einer Situation, in der die politischen Behörden der Bundesrepublik es lange Zeit nicht vermochten, eine Entscheidung darüber zu treffen, den polnischen Opfern des Krieges und der Besatzung Genüge zu tun, riefen westdeutsche katholische Organisationen 1973 als Verein das Maximilian-Kolbe-Werk ins Leben, das in den darauffolgenden Jahren ehemalige Insassen deutscher Konzentrationslager materiell unterstützte. Das aufsehenerregendste Beispiel der evangelischen Aktivitäten zur Überwindung der tragischen Vergangenheit wiederum bildeten die Bemühungen der Aktion Sühnezeichen um die Gründung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz, die schließlich im Jahr 1986 eröffnet wurde.

Darüber hinaus unternahmen Katholiken und Protestanten in Polen und in den beiden deutschen Staaten Schritte, mit denen die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen verbessert werden sollte. Eine besonders schwierige Aufgabe fiel dabei kirchennahen Journalisten und Publizisten in der Volksrepublik Polen und in der DDR zu, die mit der Notwendigkeit rangen, der kommunistischen Propaganda unter den Bedingungen fehlender Meinungsfreiheit entgegenzuwirken. Als Beispiel für eine erfolgreiche Initiative zur Bereinigung des Gedächtnisses lässt sich an dieser Stelle etwa das im Jahr 1986 von der katholischen Bibliothek von „Więź“ herausgegebene Buch mit dem Titel „Dziesięciu sprawiedliwych“ (Die zehn Gerechten) anführen. Darin publiziert wurden Erinnerungen von Polen an ihre positiven Erfahrungen mit Deutschen während des Zweiten Weltkrieges. Es stellte den

ersten Versuch dar, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wie vielfältig doch bisweilen die Haltungen der westlichen Nachbarn während der Besatzung gewesen waren, um damit denjenigen unter ihnen gerecht zu werden, die Mitgefühl gezeigt hatten. Da für diese Publikation in der beliebten Wochenzeitschrift „Gość Niedzielny“ Werbung gemacht wurde, erreichte diese Botschaft so eine zahlenmäßig große Gruppe polnischer Katholiken.

Zugleich kam es auch zu einer Intensivierung von Begegnungen auf verschiedenen Ebenen. Ein sichtbares Zeichen für die immer größere Nähe war die aktive Beteiligung von Gästen aus dem jeweiligen Nachbarland bei wichtigen Kirchenveranstaltungen, etwa dem Evangelischen Kirchentag oder dem Katholikentag und in Polen bei Wallfahrten zur Schwarzen Madonna von Tschenschow oder zur Muttergottes von Piekary Śląskie. Einen besonders spektakulären Charakter hatte auch die Reise der polnischen Kardinäle Stefan Wyszyński und Karol Wojtyła durch die Bundesrepublik im Herbst 1978, nur wenige Wochen vor der Wahl Wojtyłas zum Papst. Die polnischen Kardinäle wurden dabei enthusiastisch von Scharen versammelter deutscher Katholiken begrüßt. Und das Leitthema der Gespräche war nicht mehr die Vergangenheit, sondern die gemeinsame Sorge um die Zukunft Europas.

Der Durchbruch (1989)

Obwohl der Aussöhnungsprozess immer weiter voranschritt, war er nicht frei von Spannungen und Momenten des Stillstands. Die Grenzfrage blieb ein Problem, auch wenn diese nicht mehr so brennend war wie vor 1970; die Bundesrepublik erkannte die Grenze zwar an, betonte aber zugleich, dass die Entscheidung für die künftige Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands nicht bindend sein werde. Vertreter der polnischen Kirchen brachten daher vielfach ihre Enttäuschung zum Ausdruck ob der allzu geringen Sensibilität der Deutschen gegenüber den polnischen Befürchtungen rund um eine mögliche Grenzrevision. Und Streit gab es ferner um die Rechte (auch die religiösen) der

deutschen Minderheit in Polen, deren Existenz von den kommunistischen Staatsbehörden, aber auch seitens der katholischen Geistlichkeit, die sich vor einem Konflikt mit diesen fürchtete, nicht zur Kenntnis genommen wurde (Doch angemerkt sei: Dieses Problem hatte in der evangelischen Kirche nur eine geringere praktische Bedeutung, denn die entschiedene Mehrheit der Protestanten deutscher Nationalität war aus Polen in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg ausgewandert).

Das Jahr 1989 schließlich brachte eine radikale Veränderung der politischen Rahmenbedingungen mit sich. Die Erosion des Ostblocks, die sich in der Demokratisierung Polens manifestierte, bot neue Chancen, schuf aber auch neue Herausforderungen für den deutsch-polnischen Dialog. In dieser Situation unternahmen Vertreter des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und des „Znak“-Milieus den Versuch, Wegweiser zu erarbeiten, die Polen und Deutschen dabei helfen sollten, den richtigen Kurs einzuschlagen. Dieser sollte sie zu einer reifen Partnerschaft hinführen und würde es ihnen erlauben, potentielle Konflikte zu umgehen. In diesem Sinne unterzeichneten sie zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges eine gemeinsame Erklärung, in der sie eine einhellige Einschätzung der Vergangenheit gaben und einen Vorschlag unterbreiteten, wie deren tragische Folgen überwunden werden könnten. Sie sprachen sich darin aus für die endgültige Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße sowie für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Zusicherung von nationalen Minderheiten zustehenden Rechten. Vor allen Dingen aber riefen sie Polen und Deutsche dazu auf, eine gemeinsame europäische Zukunft aufzubauen, deren Schlüsselement in einer Vertiefung der europäischen Integration – unter Beteiligung Polens – bestehen sollte. Darüber hinaus enthielt die Erklärung eine Reihe ausformulierter Vorschläge, wie man die deutsch-polnische Zusammenarbeit enger gestalten könnte, was Bestimmungen späterer bilateraler Regierungsabkommen vorgriff.

Und wenig später, am 12. November, fand in Kreisau ein Gottesdienst unter Teilnahme des ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Polens seit Ende des Zweiten Weltkrieges, Tadeusz Mazowiecki, und dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl statt, bei dem sich die beiden Politiker zum Zeichen des Friedens und der Aussöhnung umarm-

ten. Kurz zuvor wäre es für beide Regierungschefs noch unmöglich gewesen, die Problematik der Aussöhnung aufzugreifen – noch dazu während eines Gottesdienstes und unter Heranziehung christlicher Symbolik. Nun war es Tatsache geworden und zugleich auch die logische Konsequenz des bisherigen Verlaufs des Aussöhnungsprozesses, der in hohem Maße von den Kirchen getragen wurde.

Diese Geste, die an der Schwelle zu einer neuen Ära vollzogen wurde, war gleichsam ein Zeichen für die Übernahme der Verantwortung für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen durch die politischen Behörden beider Staaten. Die Prozesse der Demokratisierung Polens und der Wiedervereinigung Deutschlands schufen eine Chance, Probleme, die größte Spannungen in den gegenseitigen Beziehungen hervorriefen, endgültig zu lösen. Internationale Abkommen durch ein nunmehr freies Polen und ein wiedervereinigtes Deutschland bildeten zugleich wesentlich günstigere Rahmenbedingungen für weitere Versöhnungsaktivitäten. Und dass diese auch heute nötig sind, machen uns die ein ums andere Mal auftretenden, nicht selten historisch bedingten Spannungen in den gegenseitigen Beziehungen bewusst.

Fazit

Vor dem Hintergrund des dargestellten historischen Abrisses kommt den Antworten auf die nachfolgend aufgeführten Fragen eine Schlüsselbedeutung zu: Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesem Prozess für uns – die heutigen Europäer, die eine Kultur des Dialogs und der Verständigung schaffen wollen in Zeiten sich zunehmend polarisierender Gesellschaften und der von einer Krise erfassten Europäischen Union – ziehen. Können die von den Kirchen unter anderen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen unternommenen Schritte für uns eine Inspiration sein – und wenn ja, wie kann diese aussehen?

1. Der Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung war für Europa zweifellos von entscheidender Bedeutung. So wie es ohne die

deutsch-französische Aussöhnung die Europäische Union nicht gäbe, so gäbe es auch ohne die deutsch-polnische Aussöhnung kein vereinigt, nahezu den gesamten Kontinent umfassendes Europa. Während aber die deutsch-französische Aussöhnung von den politischen, intellektuellen und religiösen Eliten der Bundesrepublik und Frankreichs initiiert und bei offenen Grenzen umgesetzt wurde, als ein Vorhaben zweier einander mit gegenseitigem Respekt begegnender Bevölkerungen, wurde die deutsch-polnische Aussöhnung, zumindest bis ins Jahr 1989, bei geschlossenen Grenzen entgegen den politischen Eliten und gegen einen beträchtlichen Teil der intellektuellen und religiösen Eliten verwirklicht. Unter diesen Umständen ist der Erfolg des Aussöhnungsprozesses als eine außergewöhnliche Leistung zu bewerten, die beweist, dass man selbst unter extrem ungünstigen Bedingungen sehr viel erreichen kann.

2. Bevor die Aussöhnung zu einem eigenständigen Wert wurde, der von breiten Gesellschaftsgruppen geteilt wurde, beteiligten sich an den auf sie ausgerichteten Initiativen aktiv vornehmlich Einzelpersonen sowie elitäre, aber doch gleichzeitig marginale Kirchengruppen und -kreise. Diese sahen sich in der Lage, entgegen der sie umgebenden Mehrheit wichtige Herausforderungen zu erkennen und sich diesen – ebenfalls entgegen der Mehrheit – zu stellen, wobei sie einen enormen Mut und eine ebensolche Entschlossenheit an den Tag legten. Ein selbständiges, kritisches Denken, persönlicher Mut, das Eintreten für Werte, zu denen man sich (notfalls auch entgegen der Mehrheit) bekennt, und schließlich die Bereitschaft, die Konsequenzen einer solchen Haltung zu tragen – all dies haben uns als Inspiration die ersten evangelischen und katholischen Protagonisten der Aussöhnung hinterlassen.
3. Der politische Prozess mit wesentlichen Folgen nicht nur für Polen, sondern auch für ganz Europa, begann mit einzelnen, von unten ergriffenen Initiativen. Im Laufe der Zeit gelang es den einsamen „Pionieren“ der Aussöhnung, Nachahmer zu finden und Verbündete mitzureißen, bis schließlich eine kritische

Masse entstand, die imstande war, politische Veränderungen herbeizuführen. Erst im Anschluss daran engagierten sich die politischen Eliten, allerdings nur in der demokratischen Bundesrepublik – denn die polnischen und die ostdeutschen Kommunisten stellten bis zum Schluss ein ernstzunehmendes Hindernis dar. Es ist dies somit gleichsam eine Lektion über den Sinn und die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Geht die Zivilgesellschaft mit Geduld, Entschlossenheit und mittels einer langfristigen Vision vor, so kann sie durchaus eine Zustimmung der Mehrheit für anfangs unbeliebte Ziele erzeugen und letzten Endes die politischen Eliten dazu bringen, diese zu verwirklichen.

4. Die christlichen Protagonisten der Aussöhnung handelten unter dem Einfluss der christlichen Ethik, deren Maßstab das Gebot der Nächsten- und der Feindesliebe ist. Interessanterweise schienen – trotz eindeutiger Weisungen der christlichen Ethik – der Zustand der Feindschaft und der fehlenden Aussöhnung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten weder die Führungen der Kirchen noch die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder zu stören. Den Erfolg der Aussöhnung haben wir somit Menschen und Kreisen zu verdanken, die die ethischen Verpflichtungen ihrer Gemeinschaften sehr ernst nahmen.
5. Eine weitere, sehr wichtige Antriebskraft im Kontext der Aktivitäten der christlichen Brückenbauer (oder zumindest Teile dieser Akteure) waren die politisch-nationalen Interessen, die Sorge um das Wohl des eigenen Staates und des eigenen Volkes (die Deutschen rechneten damit, im Zuge der Aussöhnung mit Polen ihr Land wiederzuvereinigen zu können; die Polen wiederum versprachen sich von der Aussöhnung mit den Deutschen, sich aus der sowjetischen Dominanz befreien zu können). Folglich ist es sehr gut, wenn hehre Ethik mit pragmatischem Denken einhergeht. Es ist richtig, wenn moralische Prämissen mit politischem Denken sowie Idealismus mit Realismus zusammenfallen. Ohne eine solche, entsprechend ausgewogene Mischung scheint es schwierig, mit der Idee der Aussöhnung breitere

Gesellschaftsgruppen zu erreichen. Aktivitäten, die begründeten nationalen oder politischen Interessen nicht Rechnung tragen (z. B. die Wiedergutmachung für erfahrenes Unrecht), bleiben zudem nur scheinbar folgenlos. Denn in längerer Perspektive können sie dazu führen, den Aussöhnungsprozess als eine Entwicklung, die eine Seite begünstigt und die andere benachteiligt, infrage zu stellen.

6. Nicht zuletzt bleibt festzuhalten, dass die auf Aussöhnung abzielenden Aktivitäten der Kirchen aufgrund der supranationalen Struktur, die die Begegnung und den Dialog selbst in der extremen Wirklichkeit des Kalten Krieges erleichterte, wirksam waren. Polnische und katholische Katholiken und Protestanten verfügten ferner – ungeachtet aller nationalen Unterschiede und Sprachbarrieren – über einen gewissen gemeinsamen Wertekanon und über Kulturcodes, die es ihnen erleichterten, miteinander zu kommunizieren und zu einer Verständigung zu finden. Setzt man sich für Aussöhnung ein, so lohnt es sich, sich auf diese Werte sowie auf Elemente der Kultur und der Geschichte zu berufen, die sowohl die Kommunikation optimieren als auch eine gemeinsame Zone der Nähe und des Vertrauens auszubauen ermöglichen.

Zum Schluss ein weiteres Fazit, das schon ein wenig über den Inhalt des vorliegenden Beitrages hinausgeht. Im Jahr 1989, als bereits günstigere Voraussetzungen für den Aussöhnungsprozess gegeben waren, fuhren die Kirchen ihr Engagement zurück. Statt die Gelegenheit zu nutzen, den Raum für Verständigung und Zusammenarbeit zu erweitern, nahmen sie sich nunmehr anderer Probleme ihrer Gesellschaften an. Als dann die deutsch-polnischen Beziehungen von Krisen erschüttert wurden, etwa von der Kontroverse um Erika Steinbach und ihr Zentrum gegen Vertreibungen, waren die Kirchen bereits inhaltlich, organisatorisch und personell allzu weit von der Problematik der deutsch-polnischen Beziehungen entfernt, um noch erfolgreich zur Deeskalation des Streites beitragen zu können. Es wird somit deutlich, dass es Prozesse gibt – und hierzu gehört nicht

nur der Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung, sondern auch der der europäischen Integration –, die eines dauerhaften, sehr langfristigen Engagements bedürfen. So sehr sich der Beitrag der Kirchen zur deutsch-polnischen Annäherung während der Nachkriegsjahre nicht infrage stellen lässt, zeigen doch die heutigen Ereignisse – national wie international – eindeutig, dass es für die Kirchen ungemein schwierig wäre, gegenwärtig wieder als Avantgarde der Aussöhnung zu fungieren. Stattdessen hat es den Anschein, dass heute diese Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen von Organisationen der Zivilgesellschaft ausgefüllt wird. Doch viele von diesen haben christliche Wurzeln.